Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2.30 RM., bei Postbestellung 3 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 77 — 90. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Mittwoch, den 1. April 1931

Abfuhr für Briand.

Sehr sympathisch ist uns Deutschen das große französische Boulevardorgan „Echo de Paris“ wirklich nicht und sein Leitartikler, Monsieur Pertinax, erst recht nicht; allerdings beruhen diese Empfindungen auf Gegenseitigkeit und für Herrn Pertinax nebst „Echo de Paris“ ist alles Deutsche sozusagen ein Schandfleck in der Schöpfung. Recht aber hat er —, das muß man auch als Deutscher ihm zugestehen —, wenn er von der jüngsten Rede des englischen Außenministers Henderson über die deutsch-österreichischen Zollvertragspläne kurz und knapp sagt, daß in diesen Ausführungen „die völlige Gleichgültigkeit Englands gegenüber der Anschlußgefahr“ durchklinge. Hinzugefügt wird freilich nicht die naheliegende Schlußfolgerung, daß Henderson also seine Absicht, die ganze Streitfrage vor den Völkerbundrat zu bringen, lediglich deswegen angekündigt hat, weil er von Briand sozusagen in die Zange genommen worden ist. Peinlich ist ihm die Geschichte wohl nur deswegen, weil durch das scharfe Aufbegehren Frankreichs die berühmte „europäische Atmosphäre“ nicht gerade verbessert wird und der Engländer im Hinblick auf die herannahende Abrüstungskonferenz jede Störung vermieden wissen möchte.

Natürlich ist man in Paris sehr enttäuscht, daß Henderson in seiner Rede sorgfältig einer Festlegung darüber auswich, ob die Macdonald-Regierung das deutsch-österreichische Vorgehen als Vertragsbruch betrachte oder nicht. Briands Urteil darüber ist ja gefällt, für ihn ist das schon eine „res judicata“, liegt ein schwerer Bruch der Verträge von Versailles über St. Germain bis zum Genfer Abkommen von 1922 vor. In Hendersons Rede wird man vergeblich suchen, was dieser offenen antideutschen „Kriegserklärung“ vor dem Französischen Senat auch nur im entferntesten ähnlich sieht. In der Hauptsache beschäftigt sich der englische Außenminister mit den wirtschaftlichen Rückwirkungen der österreichisch-deutschen Zollunion auf Englands Außenhandel. Allerdings muß er es verantworten, auf Drängen Frankreichs den Völkerbund einer derart starken Belastungsprobe unterziehen zu wollen, wie sie in Genf bisher noch nicht gewagt worden ist. Dabei ist dem englischen Außenminister zweimal von Berlin aus gesagt worden, daß Deutschland natürlich nicht die Stellung eines entsprechenden Antrages in Genf verhindern könne, sich aber auf eine Prozedur nach dem Völkerbundspakt nicht einlassen werde, auf eine politische Prozedur nämlich.

Aber in Paris tut man so, als sei die Zollunion bzw. der politische Zusammenschluß zwischen Deutschland und Österreich fix und fertig. Dabei sind erst sozusagen die Baupläne geschaffen — und deswegen wandte sich der österreichische Außenminister Dr. Schober mit deutlichen Worten gegen den übrigens auch in Hendersons Rede auftauchenden Vorwurf, die Welt, namentlich Europa sei durch Deutschland-Österreich „überrascht“ worden. Bei den ganzen europäischen Wirtschaftskonferenzen, so erklärte Dr. Schober, sei aber überhaupt nichts herausgekommen und Mitteleuropa könne nicht mehr länger warten. Gehe's nicht im ganzen von oben herunter, dann muß man's in Teilen versuchen und von unten herauf. Und von diesem Versuch nun seien die anderen Mächte unterrichtet worden, sobald eine prinzipielle Einigung über die Richtlinien zwischen Wien und Berlin gewonnen war. Das sei nicht bloß korrekt, sondern sogar übertorrekt gewesen. Schon gar nicht störe das den Frieden Europas. Nach dem Abschluß des Regionalvertrages mit Deutschland käme ein solcher mit Ungarn dran und dann seien Rumänien und Jugoslawien an der Reihe, gefragt zu werden, ob sie sich diesem mitteleuropäischen Regionalabkommen anschließen wollen. Zu „entschuldigen“ hätten sich die Mittelmächte also nicht und würden dies auch gar nicht tun.

Um eine Nuance schärfer antwortete der deutsche Außenminister. Schließlich verlangte doch die Briandrede eine deutliche Entgegnung, und am deutlichsten wurde Dr. Curtius durch seinen mitten in die Dinge hineinfahrenden Satz, die Konstruktion einer Vertragsverletzung beruhe auf einer Auslegung der Verträge und des Genfer Protokolls, „die nicht mehr auf die Wahrung der Unabhängigkeit Österreichs, sondern auf eine Herabwürdigung zu einem Staatswesen zweiter Klasse hinausläuft“. Dr. Curtius sprach in diesem Zusammenhange nicht von Deutschland, aber das konnte man zwischen den Worten dieser Rede mitklingen hören, — denn Briand hat immer von Österreich und Deutschland gesprochen, beide Staaten gleichmäßig attackiert. Und wieder verweist der Außenminister darauf, daß „man“ zwar die Vertragswidrigkeit behaupte, sie aber noch nie zu beweisen auch nur versucht habe. Alles habe „man“ ganz unberechtigt flugs auf das politische Gebiet geschoben und markiert nun Erregung.

Nur kann Briand nicht verlangen, daß wir Deutsche gleich zusammenklappen, wenn er „Europa“ sagt und Frankreich samt Polen und Tschechoslowakei meint. Er fühlt offenbar seine bekannte Vaterwürde bedroht, weil die Vereinigten Staaten Europas nun auch wirtschaftlich zum Luftgebilde geworden sind; auch zu einer geschlossenen antideutschen Front hat er sie nicht zusammenbringen können. Und darum ist nicht bloß er selbst sehr böse, sondern auch sein „Echo“

Neuordnung der europäischen Wirtschaft

„Im Rahmen der geltenden Verträge.“

Der Reichsaußenminister über die Zollunion.

Die Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Zollabkommens hat wie ein ins Wasser geworfener Stein gewirkt, der immer weitere Wellenkreise hervorbringt, die allerdings, je größer sie werden, desto flacher verlaufen. Die bisher von deutscher und österreichischer Seite gegebenen Erklärungen haben anscheinend auf den gutwilligen Teil dieser Zollunionsgegner beruhigend eingewirkt. Aus England tönt es schon bedeutend friedfertiger herüber und die Erklärung Hendersons, die Angelegenheit vor den Völkerbund zu bringen, ist wohl als eine Geste zu werten, mit der der Rückzug aus einer Stellung angetreten wird, in der man sich zu weit vorgewagt hatte. In Frankreich ist man denn auch einigermaßen enttäuscht über die Rede Hendersons. Man sieht darin eine gewisse Schlappheit und beschließt selbst energischer die Sache in die Hand zu nehmen und die Störungen weiterzutreiben. Nachdem der österreichische Außenminister Schober jetzt den Vorwurf entkräftet hat, man habe mit dem Abschluß des Vorvertrages Geheimpolitik zum Schaden der Mächte getrieben, die den Vertrag von St. Germain und den der Völkerbundanleihe unterzeichnet haben, hat jetzt der deutsche Außenminister Dr. Curtius im Reichsrat Erklärungen abgegeben, die über den Reichsrat hinaus an das Ausland gerichtet sind. Dieser Vollsitzung des Reichsrats sah man mit lebhafter Spannung entgegen. Die Verhandlungen fanden nicht in dem gewöhnlichen Reichsratssaale statt, sondern im Haushaltsausschuß des Reichstages, der mehrere 100 Personen faßt. Der Reichsrat war nahezu vollzählig versammelt. Den Verhandlungen wohnten auch viele Reichstagsabgeordnete bei.

Reichsaußenminister Dr. Curtius

nahm das Wort, um auf die Angriffe wegen der deutsch-österreichischen Zollunion zu antworten. Der Außenminister hob hervor, daß das Vorgehen Deutschlands und Österreichs sich in den Bahnen der gesamteuropäischen Kooperation bewege. Es sei in den internationalen Diskussionen der letzten Jahre anerkannt worden, daß die Wirtschaftsnot Europas auf seine Zerstückelung zurückzuführen sei. Die Idee regionaler Verständigung und Zusammenschlüsse trete immer mehr in den Vordergrund. Der Minister betonte

den rein wirtschaftlichen Charakter

des deutsch-österreichischen Planes und legte das im einzelnen dar; Zusammenfassend erklärte er: „Wir wollen im Rahmen der geltenden Verträge mit möglichster Beschleunigung unseren beiden in schwerer Not befindlichen Ländern die Vorteile verschaffen, die sich aus der Erweiterung des Wirtschaftsgebietes ergeben. Wir wollen zugleich den Bemühungen um eine

Neuorganisierung der europäischen Wirtschaft

einen neuen Impuls geben. Es ist mir eine Genugtuung, feststellen zu können, daß diese unsere Ziele in der Welt weitgehendes Verständnis gefunden haben. Wenn trotzdem der deutsch-österreichische Plan Erregung verursacht hat, so geben die wirklichen Absichten Deutschlands und Österreichs dazu keinen Anlaß. Ihre Verkennung läßt sich nur dadurch erklären, daß man die ganze Angelegenheit ohne Grund

vom wirtschaftlichen auf das politische Terrain

verschoben und mit politischen Zielen in Zusammenhang gebracht hat, mit denen sie nichts zu tun hat. Daß das deutsch-österreichische Vorgehen wirtschaftliche Fragen dieser oder jener Art aufwirft, läßt sich verstehen. Nicht verständlich erscheint es mir aber, dabei von einer Störung des guten Einvernehmens unter den Nationen oder wohl gar von einer Gefährdung des Friedens zu sprechen. Ich kann deshalb auch nicht zugeben, daß der deutsch-österreichische Plan zu einem Hemmnis für die Abrüstungskonferenz des nächsten Jahres werden könnte.

Kein Land in der Welt ist an dem Frieden Europas und seinem gemeinsamen Wiederaufbau mehr interessiert, als Deutschland und Österreich es sind. Dessen sind wir uns stets bewußt. Kein Land kann auch mehr als sie den Wunsch haben, die Zusammenarbeit gefördert und schließlich von Erfolg gekrönt zu sehen. Wird der deutsch-österreichische Plan so verstanden und gewürdigt, wie er von den beiden Partnern gedacht ist, so wird sich, wie ich bestimmt hoffe, die Erkenntnis durchsetzen, daß er sich in die allgemeinen europäischen Bestrebungen einordnet.“

•

Aus der Vorgeschichte der Notverordnung.

Antwort der Reichsregierung auf die Kritik der Bayernregierung

Amtlich wird mitgeteilt: Gegenüber einer amtlichen Münchener Erklärung zu einer Rede des bayerischen Justizministers Gürtner auf dem Deutschnationalen Parteitag in Nürnberg ist folgendes festzustellen:

Die Grundgedanken, die in der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 verwirklicht wurden, sind in der Konferenz der Innenminister der Länder

eingehend erörtert worden.

Im Anschluß an die Konferenz hatte am Nachmittag des 18. März, dem Tage der Konferenz, der Reichsminister des Innern, Dr. Wirth, unter Zuziehung des Staatssekretärs Zweigert eine Besprechung mit dem bayerischen Innenminister Stützel. Bei dieser Gelegenheit ist der vorläufige Entwurf der Verordnung in allen Einzelheiten durchgesprochen worden. Schließlich hat der Reichskanzler den bayerischen Ministerpräsidenten über den Erlaß der Notverordnung vor ihrer Veröffentlichung unterrichtet und ihm die Gründe mitgeteilt, weshalb der Erlaß der Notverordnung nicht länger hinausgeschoben werden konnte. Den Wünschen des bayerischen Innenministers Stützel auf

Kenntnisnahme und Überprüfung des endgültigen Textes

konnte der Reichsminister des Innern aus grundsätzlichen Erwägungen in Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte des Reichspräsidenten, um der Entschließung des Reichspräsidenten nicht vorzugreifen, nicht entsprechen.

•

Die Industrie- und Handelskammer Dresden zur Zollunion.

Die Industrie- und Handelskammer Dresden faßte zu dem deutsch-österreichischen Zollabkommen folgende Entschließung:

„Die Kammer begrüßt lebhaft den Plan der Angleichung der zoll- und handelspolitischen Verhältnisse Deutschlands und Oesterreichs. Die in Aussicht genommene Zollunion ist geeignet, die Wirtschaft beider Vertragsländer zu befruchten und ihren Binnenmarkt zu stärken; ebenso wird das gemeinsame oder gleichgerichtete handelspolitische Auftreten der beiden Regierungen den Abschluß günstiger Handelsverträge erleichtern. Einzelne, aus der besonderen Wettbewerbslage mancher Industrien sich ergebende Bedenken müssen gegenüber dem großen Ziele der wirtschaftlichen Einigung der beiden deutschen Länder zurückgestellt werden. Nötigenfalls kann solchen Bedenken durch Uebergangsmaßnahmen Rechnung getragen werden; ebenso bedürfen die Probleme der Angleichung auf dem Gebiete der Warenumsatzbesteuerung, der Verbrauchsabgaben, der Monopole und dergleichen noch eingehender Prüfung.

Die Kammer vertraut darauf, daß die Reichsregierung unbeirrt durch irgendwelche Einwendungen, im Bewußtsein unseres guten Rechts, den Plan in Gemeinschaft mit der österreichischen Regierung zur baldigen Durchführung bringen wird.“

Herriot wird immer wilder.

Proteste der bürgerlichen Linksparteien gegen die Zollunion.

Die vereinigten Linksgruppen der französischen Kammer (ohne die Sozialisten) beschlossen unter dem Vorsitz Herriots, einen Interpellationsantrag über das deutsch-österreichische Zollabkommen einzureichen. Herriot wurde beauftragt, im Namen der Radikalsozialisten eine ausgedehnte Aussprache über diese Frage zu verlangen. Die Linksradikalen beauftragten den ehemaligen Luftfahrtminister Laurent-Eynac, zu sprechen. Die Partei gab einstimmig eine Erklärung ab, in der sie die Methoden der Geheimdiplomatie verurteilt, die durch die Unterhändler Deutschlands und Österreichs betrieben worden sei (!)

England beruhigt sich.

Eine nüchterne Stimme.

Die Rede des Reichsaußenministers Curtius im Reichsrat hat in London im allgemeinen einen guten Eindruck gemacht. Die Lage hat sich nach Auffassung englischer Stellen ganz wesentlich entspannt, besonders da Curtius keine Einwendungen mehr gegen die Erörterung der Angelegenheit vor dem Völkerbundsrat erhebe.

Der englische Handelsminister Graham äußerte sich im Unterhaus dahingehend, daß es unmöglich sei, ein abschließendes Urteil über die Auswirkung des Abkommens auf den britischen Handel zu fällen, bevor nicht seine Einzelheiten, hauptsächlich aber die Zolltarife für britische Einfuhrwaren, bekannt seien. Sollten sich diese ungefähr auf dem augenblicklichen Stand halten, so würde der britische Handel nur wenig von dem Abkommen berührt.

„Evening Standard“ meint, daß Henderson sich durch den Sirenengesang Briands habe einfangen und auffischeln lassen, so daß er ärgerlicher als notwendig gewesen sei. Das Blatt erinnert daran, daß schon in Versailles die einsichtigeren Staatsleute

die Abtretung deutscher, österreichischer und ungarischer Gebietsteile an die Slaven und Rumänen als einen schweren historischen Fehler

bezeichnet hätten. Die Germanen seien gegenüber den Slawen die lebenskräftigere Rasse. Die Annäherung zwischen Österreich und Deutschland würde sie nur noch verbessern.

Vor einer neuen Demarche?

Berlin, 31. März. Nach Meldungen französischer Blätter sollen die Garantiemächte für die österreichische Anleihe, besonders also Frankreich und England, sich über einen neuen diplomatischen Schritt in Berlin und Wien verständigt haben. Wenn man sich auch noch nicht darüber geeinigt habe, ob diese neue Protestdemarche von allen interessierenden Mächten gemeinsam oder von jeder Regierung besonders unternommen werden solle, so sei über die Notwendigkeit und die Art der Demarche doch schon Einvernehmen erzielt.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF